In der heutigen politischen Debatte wird der UNO-Beschluss, der zur Gründung des Staates Israel führte, oft als ein postkolonialer Akt bezeichnet. Dies aus Mitleid wegen des Holocaust in den Jahren zuvor. Leidtragende waren gemäss diesem Narrativ die Palästinenser, die aus ihrem Land vertrieben wurden, um dem neuen jüdischen Staat Platz zu machen. Beide Behauptungen erweisen sich als Mythen, welche einer Gegenüberstellung mit den historischen Fakten nicht standhalten.

Von Jan Kapusnak [i]

Am Abend des 29. November 1947, als die Ergebnisse der Abstimmung der Uno-Generalversammlung über die Resolution 181 über die Radios kamen, strömten die Juden im Land Israel auf die Strassen. Nach Jahrhunderten des Gebets, Jahrzehnten diplomatischer Bemühungen, des Landerwerbs und des Aufbaus eigener Institutionen war die Vision eines eigenen Staates greifbar nah. Die internationale Gemeinschaft hatte soeben vorgeschlagen, das britische Mandatsgebiet Palästina in zwei Staaten zu teilen – «einen arabischen und einen jüdischen».

Aus diesem Moment der Euphorie erwuchs ein hartnäckiger Mythos: dass die Uno den Juden einen Staat auf dem Silbertablett serviert habe. In der heutigen antizionistischen Rhetorik erscheint Israel als westlicher Kolonialposten, angeblich in New York durch eine «jüdische Verschwörung» heraufbeschworen und durch das Ausspielen einer «Holocaust-Mitleidskarte» gegenüber einer schuldbewussten Welt – und dieselben undankbaren Zionisten sollen seither die Geburt eines arabischen Staates verhindert haben.

Nur scheinbar grosszügig

Ironischerweise hallt dieses Narrativ heute in einer eigenen Gedenkfeier der Uno zum 29. November wider, dem «Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk» – einem Ritual feierlich-trauriger Reden, die den «unerfüllten» arabischen Staat betrauern, oft durchzogen von antisemitischen Anspielungen und einseitiger Schuldzuweisung an Israel. Bei einer solchen Veranstaltung sass Kofi Annan, damals Generalsekretär, unter einer Landkarte, auf der Israel schlicht nicht existierte: Das gesamte Gebiet zwischen Fluss und Meer war als «Palästina» beschriftet – die kartografische Phantasie heutiger Palästina-Aktivisten und eine Szene, die den Geist dieses Solidaritätstages treffend einfängt.

Diese Erzählungen verschleiern, was die Resolution tatsächlich sagte – und wer

damals dafür sorgte, dass der besagte arabische Staat nicht entstand.

Die Generalversammlung hat keine Macht, Staaten zu schaffen. Die Resolution 181 empfahl lediglich die Teilung des Gebiets des britischen Mandats, dessen Grundlage in der Balfour-Deklaration von 1917 lag – dem Versprechen, «in Palästina die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk» zu unterstützen und zugleich die bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Gemeinden zu gewährleisten.

1922 überführte der Völkerbund, der Vorgänger der Uno, dieses Versprechen in das Völkerrecht, erkannte die «historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina» an und beauftragte Grossbritannien, dieses Versprechen in die Realität umzusetzen – faktisch der Beginn eines Dekolonisierungsprozesses.

Das Mandat war darauf angelegt, zu bestehen, bis seine Ziele erreicht waren. Stattdessen zog sich Grossbritannien Schritt für Schritt aus seinen Verpflichtungen zurück – zum Teil blockierte es aktiv die Entstehung eines jüdischen Staates – und verlor den Willen, sie durchzusetzen. Am Ende übergab London die ungelöste Palästinafrage an die neugegründeten Vereinten Nationen.

Die Resolution wies dem vorgesehenen jüdischen Staat rund 56 Prozent des Gebiets zu, dem arabischen etwa 43 Prozent. Auf dem Papier schien der jüdische Anteil grosszügig; in der Realität bestand ein grosser Teil davon aus der kargen Negevwüste.

Einige Monate vor der Abstimmung bereiste der elfköpfige Sonderausschuss der Uno für Palästina (UNSCOP) das Mandatsgebiet, um die Fakten zu erheben, auf denen seine Empfehlungen beruhen sollten. Die Grenzen, die er schliesslich vorschlug, waren kein Produkt «kolonialer Willkür», sondern folgten sinnhaft einer bereits bestehenden demografischen und wirtschaftlichen Realität.

In den Jahrzehnten zuvor hatten Zionisten staatsbildende Institutionen aufgebaut, Städte und Kibbuzim gegründet, Strassen und Häfen gebaut. Das jüdische Siedlungsgebiet wuchs nicht durch Enteignung arabischen Eigentums, sondern durch Landerwerb und die Wiedergewinnung von Gebieten, die zuvor Sumpf oder Ödland waren. Wissenschaftlich fundierte Anti-Malaria-Kampagnen verwandelten Sümpfe an der Küste, im Jesreel-Tal und in Teilen Galiläas in Agrar- und Siedlungsland – ein Magnet nicht nur für jüdische, sondern auch für arabische Zuwanderer. UNSCOP verband diese zusammenhängenden Zonen zu einer

territorialen Einheit – dies wurde zur Grundlage des jüdischen Staates.

Resolution als Kompromiss

Arabische Führer boykottierten UNSCOP und behaupteten, seine Mitglieder hätten sich bereits vor ihrer Ankunft festgelegt. Der Vorwurf war haltlos. Der niederländische Delegierte Nicolas Blom – dessen proarabische Haltung durch die niederländische Herrschaft im muslimischen Indonesien geprägt war – lehnte eine Teilung fast bis zum Ende ab und änderte seine Meinung erst, nachdem er das Land bereist und gesehen hatte, dass die zionistische Gemeinschaft modern, gut organisiert und eindeutig fähig war, einen Staat zu tragen.

Der iranische Diplomat Nasrollah Entezam, ebenfalls als antizionistisch geltend, verliess einen Kibbuz in der Negev mit den Worten: «Was sind die Araber für Esel! Das Land ist so schön, und man kann es entwickeln. Wenn man es den Juden gäbe, würden sie daraus Europa machen.» Seine schonungslose Bemerkung machte deutlich, wie sehr die Karte von 1947 der dort investierten Arbeit folgte.

Die Uno vermochte eine Karte zu zeichnen, aber sie konnte die Teilung nicht durchsetzen; das hing von den Akteuren vor Ort ab. Nach schmerzhaften inneren Debatten akzeptierte die zionistische Führung die Resolution als Kompromiss: Jerusalem sollte unter ein internationales Regime gestellt, viele historische Gebiete in Judäa und Samaria dem arabischen Staat zugeschlagen werden – und doch blieb dies der einzige Weg zu anerkannter Souveränität. David Ben-Gurion, Staatsgründer und erster Ministerpräsident, sprach nach der Abstimmung vom «grössten Erfolg des jüdischen Volkes in seiner langen Geschichte, seit es ein Volk geworden ist».

Die arabischen Führer wiesen den Plan hingegen rundweg zurück. Das Arabische Oberkomitee in Palästina lehnte jede Regelung ab, die einen jüdischen Staat – und sei er noch so klein – anerkannte, und kündigte an, die Umsetzung der Resolution «mit allen notwendigen Mitteln» zu verhindern. Es war ein bekanntes Muster: Schon frühere Teilungspläne wie den Peel-Plan von 1937 hatten sie verworfen, und spätere Angebote sollten sie ebenfalls ablehnen. Für sie lag das Problem nicht in den Grenzen, sondern in der blossen Existenz eines jüdischen Staates. Abdel Rahman Azzam, Generalsekretär der Arabischen Liga, wies warnend darauf hin, dessen Entstehung bedeute «einen Vernichtungskrieg und ein gewaltiges Massaker, von dem man sprechen wird wie von den Massakern der Mongolen und den Kreuzzügen».

Die Ereignisse vor Ort bestätigten diese Drohungen sofort. Schon am nächsten Tag, dem 30. November 1947, überfielen arabische Terroristen zwei jüdische Busse bei Kfar Sirkin und töteten sieben Passagiere – weithin als Auftakt des Bürgerkriegs von 1947/48 im britischen Mandatsgebiet Palästina gesehen. Das Land versank in brutalen Kämpfen zwischen dem jüdischen Jischuw und arabischen Milizen, während die britischen Truppen, bereits im Rückzug, kaum noch eingriffen.

Die damaligen Einschätzungen in Washington waren alles andere als optimistisch. Ein CIA-Bericht mit dem Titel «The Consequences of the Partition of Palestine», datiert auf den 28. November 1947 – einen Tag vor der Abstimmung –, sagte bewaffnete Auseinandersetzungen voraus und warnte davor, in einem längeren Abnutzungskrieg würden «die Juden nicht länger als zwei Jahre Widerstand leisten können», sofern sie keine massive Unterstützung von aussen erhielten. Die Zweifel, ob ein jüdischer Staat einem koordinierten arabischen Angriff standhalten könne, waren gross.

Wenige Monate später wurde dieses Szenario auf die Probe gestellt. Am 14. Mai 1948, mit dem Ende des britischen Mandats, rief Ben-Gurion den Staat Israel aus. Binnen Stunden marschierten Armeen aus Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und dem Irak ein. Aus einem Bürgerkrieg war ein regionaler Krieg geworden.

Überfall ohne Strategie

Der neue Staat kämpfte unter äusserst schwierigen Bedingungen. Ein Uno-Waffenembargo galt zwar für die gesamte Region, traf in der Praxis jedoch die Juden stärker als die arabischen Staaten, von denen viele bereits über reguläre, von den Briten ausgebildete Armeen mit organisierten Kommandostrukturen und gut gefüllten Arsenalen verfügten. Der Krieg war eine Kette verzweifelter Abwehrgefechte. An den jüdischen militärischen Umständen war nichts «silbern».

Und doch führte dieser materielle Vorteil nicht zum arabischen Sieg, weil es den Angreifern an einer kohärenten politisch-militärischen Strategie fehlte. Die arabischen Armeen bildeten keine einheitliche Streitmacht, sondern eine Koalition von Regimen mit konkurrierenden Zielen, Rivalitäten und roten Linien: Jordaniens Arabische Legion, die professionellste Formation, kämpfte nach eigenen Prioritäten; Ägypten führte seinen eigenen Feldzug im Süden und versuchte zugleich, jordanische Gewinne zu verhindern; Syrien und der Irak operierten auf anderen Fronten mit nur begrenzter Koordination. Manche fürchteten sogar einen neuen

arabischen Staat als künftigen Rivalen.

Für viele wurde der Krieg weniger von palästinensischer Staatlichkeit getrieben als von territorialen Ambitionen – und schlicht vom Ziel, jede jüdische Souveränität zu verhindern. Israel hingegen kämpfte auf inneren Linien mit einem einzigen übergeordneten Ziel: dem Überleben.

Wenn die Uno den Juden keinen Staat «geschenkt» hat, dann hat ihnen die Tschechoslowakei womöglich geholfen, ihn zu halten. In einer geheimen Lieferkette mit dem Decknamen «Operation Balak» nutzte Prag seine Rüstungsindustrie und eine schon vor dem Zweiten Weltkrieg vorhandene Sympathie für den Zionismus, um Waffen und – entscheidend – Avia-S-199-Jagdflugzeuge, umgerüstete Messerschmitts, an das bedrängte Israel zu liefern.

Hinter diesen Geschäften stand intensive zionistische Diplomatie: Emissäre der Haganah reisten durch europäische Hauptstädte und trugen ihr Anliegen vor. Eine Schlüsselfigur war der tschechoslowakische Aussenminister Jan Masaryk – Sohn des Staatsgründers, langjähriger Freund einer jüdischen Staatsgründung und selbst eine «Ja»-Stimme für die Resolution 181 –, der dem Haganah-Gesandten Ehud Avriel sogar half, äthiopische Tarnpapiere zu erhalten, damit die Waffen offiziell als nach Addis Abeba bestimmt schienen.

Die Tschechoslowakei bildete auch israelische Piloten aus, unter ihnen ein junger Ezer Weizman, der spätere Luftwaffenchef und Staatspräsident. Was als Initiative Prags begann, geschah nicht im luftleeren Raum: Nach dem kommunistischen Umsturz im Februar 1948 war die Tschechoslowakei fest im sowjetischen Einflussbereich, und Ausfuhren dieser Grössenordnung waren nur mit Zustimmung Moskaus möglich. Stalin sah eine Chance, Grossbritannien im Nahen Osten zu schwächen, hoffte, ein von Arbeiterzionisten geführtes Israel würde zum sozialistischen Lager tendieren, fürchtete aber zugleich, die arabischen Staaten offen vor den Kopf zu stossen.

Für einen kurzen Moment hing die Zukunft Israels an einigen gebrauchten Flugzeugen – und am Mut eines kleinen Staates, internationale Beschränkungen zu ignorieren.

Jüdisches Viertel zerstört

Das Ergebnis des Krieges von 1948/49 spiegelte die Prioritäten beider Seiten wider. Auf israelischer Seite war sie klar: überleben. Israel ging aus dem Krieg mit rund einem Drittel mehr Gebiet hervor, als die Uno ursprünglich zugeteilt hatte – um den Preis von etwa 6000 Toten, rund einem Prozent einer Bevölkerung von kaum 600 000 Menschen, viele davon erst kurz zuvor den NS-Vernichtungslagern entkommen, und vielen weiteren Verwundeten.

Gleichzeitig fiel die Altstadt Jerusalems, einschliesslich Klagemauer und Tempelberg, an die jordanische Arabische Legion, das jüdische Viertel wurde zerstört, und der Grossteil des für einen arabischen Staat vorgesehenen Territoriums ging an Jordanien im Westjordanland und an Ägypten im Gazastreifen. Die Beseitigung eines jüdischen Staates, nicht der Aufbau eines arabischen, entsprach den Interessen der benachbarten Regime – ein Faktum, das bei den 29.-November-Zeremonien der Uno kaum je zur Sprache kommt. Stattdessen entsteht häufig der Eindruck, Israel müsse sich dafür entschuldigen, dass es der Teilung zugestimmt und gewagt hatte, um seine Existenz zu kämpfen.

In der Gewissheit eines schnellen Sieges hatten im Krieg viele arabische Führer und Medien die arabische Zivilbevölkerung vor Ort aufgefordert zu fliehen – verbunden mit dem Versprechen einer raschen Rückkehr nach Israels Niederlage. Jahre später schrieb Khaled al-Azm, 1948 Ministerpräsident Syriens, in seinen Memoiren: «Wir . . . haben sie zum Weggehen ermuntert . . . Wir haben über eine Million arabischer Flüchtlinge ins Verderben gestürzt, indem wir sie aufforderten und anflehten, ihr Land zu verlassen.»

Das erklärt nicht die ganze Flüchtlingsgeschichte – es gab auch Brutalität, Vertreibung und Chaos –, aber es zeigt, wie arabische Selbstüberschätzung eine «taktische Flucht» in ein langfristiges Desaster für das eigene Volk verwandelte. Dieses wurde später unter dem Namen Nakba (Katastrophe) mythologisiert, im propagandistischen Bemühen, es dem Narrativ des Holocaust gleichzustellen und dadurch eine palästinensische Identität zu schaffen.

Doch die Geschichte ist unvollständig ohne einen weiteren, oft übersehenen Fakt: 1948 blieb eine beträchtliche arabische Bevölkerung innerhalb der Grenzen Israels und wurde zu israelischen Staatsbürgern – etwa ein Fünftel der frühen Bevölkerung – und bildet bis heute den Kern der arabischen Minderheit. Israels

Unabhängigkeitserklärung, mitten im Krieg verabschiedet, rief die arabischen Einwohner auf, «den Frieden zu bewahren», und versprach «volle und gleiche Staatsbürgerschaft».

Ungeachtet späterer Reibungen und Beschwerden wählen arabische Staatsbürger, gründen Parteien, sitzen in der Knesset, studieren an israelischen Universitäten und nutzen dasselbe öffentliche Gesundheitssystem – mit weit grösseren politischen Freiheiten und einem höheren Lebensstandard als in weiten Teilen der Region. Diese Realität untergräbt die notorische Behauptung, Israel sei von suprematistischen Zionisten als ethnisch oder religiös «reines» Projekt konzipiert worden.

«Es war unser Fehler»

Fast schon wie durch ein Wunder bezeichnete der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, 2011 die arabische Ablehnung des Teilungsplans von 1947 als historischen Fehler: «Es war unser Fehler. Es war ein arabischer Fehler insgesamt», sagte er – und räumte damit ein, dass die Araber eine Chance auf Staatlichkeit neben Israel verpasst hatten. Doch bis heute weigert sich die Palästinensische Autonomiebehörde – ganz zu schweigen von der Hamas –, Israel als den in der Resolution 181 vorgesehenen jüdischen Staat anzuerkennen.

Noch aufschlussreicher ist, dass palästinensische Staatlichkeit häufig in ausschliessenden Kategorien gedacht wird: als ein Staat, in dem Juden nicht leben dürften – oder zumindest nicht als Bürger mit gleichen Rechten. Darin liegt eine eklatante Asymmetrie, die die internationale Gemeinschaft allzu oft übergeht: Israel wird immer wieder verurteilt, obwohl es eine grosse arabische Minderheit als Staatsbürger integriert hat, während bei einem zukünftigen palästinensischen Staat nicht selten selbstverständlich von einem «judenfreien» Gemeinwesen ausgegangen wird – und diese Annahme kaum mit derselben moralischen Dringlichkeit hinterfragt wird.

Was also haben die Vereinten Nationen den Juden am 29. November 1947 tatsächlich gegeben? Sie gaben ihnen weder sichere Grenzen noch Sicherheit; beides wurde in einem Krieg errungen, in dem Juden schon am Morgen nach der Abstimmung unter Beschuss standen. Sie gaben ihnen keinen Sieg; der wurde – wie der Dichter Natan Alterman voraussah – mit dem Leben junger Frauen und Männer bezahlt, der eigentlichen «Silberplatte».

Die Resolution 181 bot etwas Bescheideneres, aber Entscheidendes: internationale Legitimität für einen jüdischen Staat im Land Israel. Sie brachte den Begriff «jüdischer Staat» in die Sprache der Uno und verlieh einem Anspruch, den Juden über Generationen hinweg erhoben hatten, rechtlich-diplomatische Anerkennung. Für einen kurzen historischen Moment deckte sich der Wortschatz der Uno mit der schlichten Bedeutung des Zionismus: jüdische Selbstbestimmung – das organisierte, schliesslich erfüllte Verlangen eines von Antisemitismus und wiederkehrenden Pogromen gezeichneten Volkes, einen eigenen Staat zu haben.

Alles andere leisteten Menschen, nicht die Vereinten Nationen – zionistische Führungspersönlichkeiten, die jahrelang die Welt bearbeiteten und zugleich die Verteidigung organisierten; Holocaust-Überlebende, die wenige Wochen nach dem Verlassen eines Displaced-Persons-Lagers das Gewehr in die Hand nahmen; Frauen, die Waffen schmuggelten; Jugendliche in improvisierten Uniformen, die abgelegene Kibbuzim bewachten.

Der Mythos, die Juden hätten Israel auf einem Silbertablett bekommen, verfälscht nicht nur die Geschichte; er beleidigt diejenigen, die dieses Silbertablett tatsächlich waren. Der jüdische Staat existiert nicht, weil er den Juden als Gunstbeweis gewährt wurde, sondern weil seine Menschen den Preis dafür bezahlt haben, eine Resolution auf Papier in ein lebendiges Land zu verwandeln – und damit den Zionismus wohl zur erfolgreichsten Dekolonisierungsbewegung der modernen Geschichte überhaupt gemacht haben.

Jan Kapusnak ist Politanalyst und Autor und lebt in Tel Aviv. Dieser Beitrag erschien zuerst in der Neuen Zürcher Zeitung